

Die Voraussetzungen für den Warenaustausch mit der Ukraine.

Freier Handel oder Einkaufszentrale?

Von Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel.

Wien, 11. Februar.

Bisher hatte die Schaffung einer jeden neuen Zentrale den augenblicklichen „Erfolg“, daß der von ihr bewirtschaftete Artikel sofort von den Märkten verschwand und man eigentlich froh sein mußte, daß es noch Schleichgroßhändler gab, die die verzweifelte Bevölkerung halbwegs versorgten. Eben taucht wieder eine neue Zentrale auf, deren Aufgabe sein soll, die Vorbereitungen zu treffen, um die nötigen Beziehungen mit den Landwirten der Ukraine wieder aufzunehmen und das dort vorhandene Brotgetreide, die Hülsenfrüchte und Delsaaten zu uns zu bringen.

Vor wenigen Tagen machte eine unscheinbare Nachricht die Kunde: „Es besteht die Absicht, den gesamten Getreidehandel in der Ukraine staatlich zu organisieren und die Ausfuhr weder nach Oesterreich-Ungarn noch nach Deutschland Privaten zu überlassen.“ Damit hätten wir also glücklich wieder die Ausschaltung der legitimen, ortskundigen Kaufleute erreicht und wären abermals bei der unglückseligen Zentralenwirtschaft angelangt, mit ihrer unrationellen und wenigstens für die Verbraucher fachunkundigen Art ihrer Einkäufer, denn ihre Einsätze werden schon am Produktionsort betrogen, oder sie sind, da ihnen die Lokalkenntnisse mangeln, gar nicht in der Lage, rasch und am richtigen Orte — was besonders in Rußland wichtig ist — einzukaufen.

Nun soll, wie mitgeteilt wurde, der Einkauf in der Ukraine einem Konsortium übertragen werden, von dessen Mitgliedern keines in den letzten Jahren vor dem Kriege den Getreidehandel mit Rußland betrieben hat. Dieses Konsortium ist daher ohne die notwendigen Verbindungen und Lokalkenntnisse, hingegen wurden alle Firmen, die gerade mit der Ukraine in Geschäftsverbindung standen, ausgeschaltet, und darunter sind solche, die jahrzehntelang ununterbrochen Getreide, Hülsenfrüchte, Mohn usw. von dort importierten und nicht nur geschulte landes- und sprachkundige Einkäufer haben, sondern auch bewährte Verbindungen mit den Bauern und Gutsbesitzern.

Will man denn noch immer nicht einsehen, daß die Zentralenwirtschaft, wie sie jetzt praktiziert wird, eine Unmöglichkeit ist, daß wir aus dieser Sackgasse nur durch den auf der Konkurrenz fußenden freien Handel herauskommen können? Stadtrat Dr. Hein sagte in der letzten Gemeinderatssitzung, die polnischen Juden der Leopoldstadt hätten Wien besser versorgt als alle Zentralen. Das ist auch richtig, denn die kennen wenigstens Land und Leute und wissen die kleinsten Mengen der Bodenprodukte aufzuspüren, von denen der Wiener Einkäufer gar keine Ahnung hat. Tatsächlich kommen immer wieder Leute zu mir, die aus Russisch-Polen ganze Waggons Butter, Topfen, Honig, Kartoffeln usw. für Wien anbieten, und das alles entgeht den Zentralen. Soll das ukrainische Pferd wieder vom Schweif aus aufgezäumt werden? Das Volk hätte nun nachgerade genug von den Zentralen.